

POSTULAT von Florian Heer (Grüne, Winterthur), Gianna Berger (AL, Zürich), Mandy Abou Shoak (SP, Zürich) und Kathrin Wydler (Die Mitte, Wallisellen)

Betreffend Rassismus in Gesundheitsinstitutionen

Der Regierungsrat wird eingeladen, in einem Bericht darzulegen, wie die Zürcher Gesundheitsinstitutionen Rassismus begegnen. Der Bericht soll insbesondere die Meldeverfahren inklusive Monitoring, die Fortbildungen für Mitarbeitende in Gesundheitsinstitutionen, die Unterstützungsmassnahmen der Gesundheitsinstitutionen und das Verbesserungspotenzial auf Basis der Empfehlungen der Fachpersonen des Bundes umfassen.

Begründung:

Der jährlich erscheinende Bericht der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR) des Bundes legte 2024 aufgrund gehäufte Vorkommnisse den Schwerpunkt auf die Gesundheitsinstitutionen. Der Bericht macht deutlich, dass erheblicher Handlungsbedarf besteht. So hat sich die Zahl der gemeldeten Fälle innerhalb eines Jahres fast verdoppelt. Er zeigt auch, dass das Problem des Rassismus weiterhin unterschätzt wird. Viele Betroffene trauen sich nicht, Rassismus zu melden, haben Angst vor Vergeltung oder wissen nicht, an wen sie sich wenden sollen. Angehörige von rassifizierten Minderheiten (Menschen, die stets struktureller, institutioneller und individueller rassistischer Gewalt ausgesetzt sind), die in Gesundheitsinstitutionen arbeiten, erleben bei der Arbeit vermehrt Mobbing, die berufliche Laufbahn wird behindert oder Patient*innen verhalten sich ihnen gegenüber herabwürdigend, aggressiv oder weigern sich, sich pflegen oder behandeln zu lassen. Deshalb braucht es wirksame Meldemechanismen, die sowohl Patient*innen als auch Fachkräften zugänglich sind. Dies bedingt die Schaffung unabhängiger Anlaufstellen zur Beurteilung der Beschwerden, die zudem Korrekturmassnahmen in die Wege leiten können. Andere Kantone, wie der Kanton Waadt, und deren Gesundheitseinrichtungen wie das Centre Hospitalier Universitaire Vaudois (CHUV), das Spital Uster, die Hirslanden-Gruppe und der Verband Schweizerischer Assistenz- und Oberärztinnen und -ärzte (VSAO) verfügen über direkte Meldemechanismen und konkrete Handlungspläne. Diese vorbildlichen Massnahmen sollen auf sämtliche Zürcher Gesundheitsinstitutionen übertragen werden. Das CHUV befragt z. B. die Angestellten regelmässig. Im vergangenen Jahr erlebten 23 % der befragten Krankenhausangestellten des CHUV mindestens eine Form von Diskriminierung oder Gewalt am Arbeitsplatz. Zum Vergleich: In der allgemeinen Erwerbsbevölkerung waren es 18 %.¹ Zahlreiche internationale Studien zeigen, dass rassifizierte Menschen eine schlechtere Behandlung erhalten, und zwar unabhängig von den Überzeugungen der behandelnden Person. So wird z. B. der Schweregrad eines Falls häufiger unterschätzt, werden verspätet Diagnosen gestellt, wird herablassendes Verhalten gezeigt, Schmerzen werden bagatellisiert, Behandlungen verweigert oder die Behandlungszeit fällt kürzer aus.² Aus diesem Grunde ist es unerlässlich, entsprechende Forschung aufgrund auch lokaler Daten und eine gezielte Schulung der Fachkräfte in den Zürcher Gesundheitsinstitutionen voranzutreiben.

¹ <https://www.invivomagazine.ch/en/articles/article-details/impact-of-racism-on-healthcare-workers>

² <https://equityhealthj.biomedcentral.com/articles/10.1186/s12939-023-02014-1>

Florian Heer
Gianna Berger
Mandy Abou Shoak
Kathrin Wydler